



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 24. November 2017

Band 11, Ausgabe 12

Themen

- **Regierungsbildung**
- **Rente**
- **Wahlrecht**
- **Europa**

"Es ist eine Bewährungsprobe, aber keine Staatskrise."

(Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) am Dienstag zur Eröffnung der Parlamentssitzung zur Lage in Deutschland nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche zwischen Union, FDP und Grünen.)

In dieser Ausgabe:

- Deutsch Französische Freundschaft und europäische Einigung 2
- Machbarkeitsstudie „Forum Recht“ übergeben 2
- Rentenversicherungsbericht 2017 3
- Neues Wahlrecht für mehr Bürgernähe 3
- Wie soll wer mit wem regieren? 4

Wie soll wer mit wem regieren?

„Wählerauftrag heißt, Verantwortung für unser Land in Europa und in der Welt wahrzunehmen. Dazu brauchen wir eben Mehrheiten und auch eine handlungsfähige Regierung.“, mit diesem Statement hat Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble in Anknüpfung an die mahnenden Worte von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier deutlich gemacht, worauf es in den kommenden Wochen ankommt: Wir Politiker müssen unser Mandat ernstnehmen.

Die Bundestagswahl hat uns ein Ergebnis beschert, das große Hürden vor eine Regierungsbildung stellt. Jamaica wäre für die Beteiligten eine Chance gewesen, um für stabile Verhältnisse zu sorgen und für die SPD, damit sie sich als stärkste Oppositionskraft neu aufstellen kann. Wir müssen aber akzeptieren, dass diese Variante an inhaltlichen Unterschieden sowie an fehlendem Vertrauen gescheitert ist.

Das Grundgesetz macht

deutlich, dass wir dadurch nicht von der Pflicht entbunden sind, Lösungen für die großen Themen zu finden, die unsere Gesellschaft bewegen. Wir müssen



die möglichen Varianten nun offen und ernsthaft diskutieren. Dabei wird oft vom Wählerauftrag gesprochen. Ich glaube, dass gerade die Parteien, die schon ein-



Quelle: Deutscher Bundestag

mal im Bund regiert haben, von ihren jeweiligen Wählern den Auftrag zur Regierungsbildung bekommen haben. Opposition ist auch aus Sicht der eigenen Klientel meistens „Mist“.

Welche Optionen bestehen nun?

1. Neuwahlen

Neuwahlen nach der Auflösung des Bundestages gem. Artikel 63 Absatz 4 unseres Grundgesetzes sind das letzte Mittel, von dem der Bundespräsident Gebrauch machen kann. Erst, wenn zwei Wahlgänge zum Bundeskanzler gescheitert sind und in einem dritten ein Kandidat nur die relative Stimmenmehrheit auf sich vereint, steht es in seinem

Ermessen den Bundestag aufzulösen. Auch wenn es für alle Parteien ein gewisses Eingeständnis des Scheiterns wäre, fürchten wir keine Neuwahlen, denn die Union hat sich in den letzten Wochen geschlossen und konstruktiv gezeigt. Allerdings verbieten sich taktische Erwägungen aus Respekt vor

den Wählerinnen und Wählern. Das Volk hat der Politik eine Aufgabe gestellt - diese Aufgabe kann man nicht unerledigt zurückgeben. ...

(weiter letzte Seite)

Deutsch-Französische Freundschaft und Europäische Einigung

Die Deutsch-Französische Freundschaft ist Dreh- und Angelpunkt der europäischen Integration und damit der Garant für das Friedensprojekt Europa. Die Annäherung Deutschlands und Frankreichs nach dem Zweiten Weltkrieg ist ein Vorbild und gleichzeitig eine Lektion für die kommenden Generationen. Nach Jahrzehnten der erbitterten „Erbfeindschaft“ ist das deutsch-französische Verhältnis inzwischen der Grundpfeiler der Europäischen Union.

Mit der Wahl von Emmanuel Macron zum französischen Präsidenten bietet sich uns heute ein historisches Zeitfenster, der Partnerschaft neues Leben einzuhauchen. Deutschland und Frankreich können nur gemeinsam die Führung in Europa überneh-

men. Dies ist vor allem nach dem Brexit notwendig. Europa muss sich verändern und transparenter werden, um das Vertrauen der Bürger wiederzugewinnen.

Zwar mögen manche Forderungen, wie die nach dem gemeinsamen Haushalt für die Eurozone Vielen noch allzu ehrgeizig erscheinen und derzeit hoch umstritten sein. Schwerwiegende Differenzen insbesondere auch aufgrund des Nord-Süd-Gefälles der EU mit den wirtschaftlich erfolgreicheren Nordländern sind nur schwer zu überwinden. Klar dürfte aber zumindest sein, dass Europa im internationalen Konzert eine Außenpolitik aus einem Guss braucht und eine Sprache sprechen muss. Einige Integrationsprojekte, wie die geplante deutsch-französische Verteidigungsgemeinschaft, zeigen uns einen gangbaren Weg hin zu

einer europäischen Einigung: Zwei EU-Mitgliedsstaaten gehen voran, andere werden folgen. Nur wenn Frankreich und Deutschland zusammenstehen, kann Europa wirklich gelingen.

Mit den Erfahrungen aus unserer gemeinsamen Geschichte müssen wir einen stabilen Sockel für eine gemeinsame gute Zukunft erschaffen. Nicht nur bei Besuchen von Soldatenfriedhöfen als Mahnmale für sinnloses Kriegsgemetzel, wie auf dem Foto im Rahmen einer Fahrt des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gemeinsam mit Bundesfinanzminister a. D. Dr. Theodor Waigel in Niederbronn, sollten wir uns unserer Verantwortung für die Zukunft Europas bewusst sein und uns vergegenwärtigen, dass die deutsch-französische Freundschaft ständig gepflegt werden muss.



Machbarkeitsstudie „Forum Recht“ übergeben

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat im 2017er Etat des BMJV 200.000 Euro zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie zu dem in Karlsruhe geplanten „Forum Recht“ bereitgestellt. Ich freue mich, dass diese Machbarkeitsstudie des „Initiativkreises Forum Recht“ am Mittwoch dieser Woche in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt werden konnte.

Beim „Forum Recht“ soll es darum gehen, Rechtsstaatlichkeit für die Menschen plastisch, erfahrbar und

fassbar zu machen. Rechtsstaatlichkeit ist für unsere Demokratie von fundamentaler

und erleben kann, was darunter zu verstehen ist und was es auch in Zukunft zu verteidigen gilt.



© Deutscher Bundestag / Achim Meide

Bedeutung. Bislang gibt es allerdings keinen Ort, an dem man in Deutschland erfahren

Offizielle Übergabe einer Machbarkeitsstudie des „Initiativkreises Forum Recht“ an den Deutschen Bundestag. Renate Künast (3.v.li) nimmt u.a. als bisherige Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundestages die Studie offiziell entgegen. Zu den Überbringern gehören u.a. der Karlsruher Oberbürgermeister Frank Mentrup (5. von links).

Rentenversicherungsbericht 2017

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch den Rentenversicherungsbericht 2017 beschlossen. Der Rentenversicherungsbericht wird jährlich vorgelegt und informiert insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung, der Nachhaltigkeitsrücklage sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den nächsten 15 Kalenderjahren.



Der Beitragssatz sinkt im Jahr 2018 um 0,1 Prozentpunkte auf 18,6 Prozent. Infolge der Verstetigungsregel

bleibt er in der mittleren Variante bis 2022 unverändert bei 18,6 Prozent. Anschließend steigt der Beitragssatz schrittweise wieder an, über 20,1 Prozent im Jahr 2025 bis auf 21,6 Prozent im Jahr 2030. Im Jahr 2031 beträgt der Beitragssatz 21,9 Prozent.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist gut und verlässlich

finanziert. Sie profitiert weiterhin von der dynamischen Entwicklung der Beschäftigung und der Löhne – und das so stark,

dass der Beitragssatz leicht abgesenkt werden kann. Die gesetzliche Rente ist und bleibt die starke 1. Säule der Alterssicherung in Deutschland!

Die Leistungsverbesserungen, die wir in der vergangenen Legislaturperiode geschaffen haben, kommen jetzt und in Zukunft vielen Millionen Menschen zugute, die sich zurecht auf eine solidarische Absicherung im Alter und bei Erwerbsminderung verlassen.

Aber die gesetzliche Rente muss auch weiter auf neue Herausforderungen eingestellt werden: Die Alterung der Gesellschaft wird absehbar zur großen Herausforderung, weil immer weniger Jüngere die Rente für immer mehr Ältere finanzieren müssen.

Neues Wahlrecht für mehr Bürgernähe

In der Nacht auf Montag, den 20. November 2017, sind die Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen gescheitert. Es muss sich in den nächsten Tagen zeigen, wie politische Stabilität in Deutschland gesichert werden kann. Dazu müssen alle möglichen Optionen ins Auge gefasst werden.

Unabhängig davon, wann die nächsten Wahlen erfolgen, ist rechtzeitig das Wahlrecht so zu reformieren, dass die Größe des Parlamentes künftig wieder beschränkt wird, wie Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble es in seiner Eröffnungsrede zum 19. Deutschen

Bundestag formuliert hat. Für eine bürgerfreundlichere Poli-



tik muss der Deutsche Bundestag wieder kleiner werden und näher an den Menschen arbeiten, indem – wie eigent-

lich vorgesehen – die Hälfte seiner Mitglieder aus direkt in ihren Wahlkreisen gewählten Abgeordneten besteht.

Fischer: „Direkt gewählte Volksvertreter sind in der Regel näher an den Menschen und vertreten das Gemeinwohl tendenziell freier als von Parteilisten abhängige Abgeordnete.“

Um Vorwürfen wie denen einer „Quasselbude“ wie einst in Weimar von vornherein wirksam zu begegnen, sollten sich alle Fraktionen darüber hinaus ihrer staatspolitischen Verantwortung bewusst werden. Verweigerungshaltungen stärken nur die Feinde der Demokratie.

AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

"Die Grünen sind in dem Teil eine NGO - eine Nicht-Regierungs-Organisation."

(CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer am Mittwoch zum Verhandlungs-Stil der Grünen in den Jamaika-Sondierungen, bei denen die Unterhändler ständig Vereinbarungen wieder infrage gestellt hätten.)

Fortsetzung von S.1: **Wie soll wer mit wem regieren?**

2. Minderheitsregierung

Gerade in Zeiten, in denen Frankreich Reformprozesse in der EU angestoßen hat, muss unser Land handlungsfähiger Taktgeber sein. Jede Zustimmung müsste teuer erkauft werden. Über die Lage bei unvorhersehbaren Situationen, wie während der Wirtschafts- und Währungskrise, ganz zu schweigen. So würden wir nicht nur innenpolitisch gelähmt sein, sondern auch gegenüber anderen Staaten handlungsunfähig. Überschattet würde das politische Geschehen davon, dass jede Partei ständig nach Exit-Strategien sucht, um Wahlen zu einem für sie günstigen Zeitpunkt zu provozieren. Zuverlässigkeit sieht anders aus.

3. Jamaika 2.0

Je nach Sichtweise sind die Jamaika-Sondierungen zwischen CDU/CSU, FDP und Grünen aus fehlendem Vertrauen oder aus programmatischen Unterschieden gescheitert. Der Respekt vor dem Wählervotum verlangt einen neuen Vorstoß über die Möglichkeiten einer Jamaika-Koalition zu sprechen. Wir sehen aber die Schwierigkeiten aufgrund der erneuten Absagen.

4. Große Koalition

Die drei Großen Koalitionen in der Geschichte Deutschlands haben unbestritten Gutes für unser Land bewirkt. Insofern wäre es konsequent und spräche für die Verlässlichkeit unseres politischen Systems, wenn wir diese Regierung erneut bilden. Die Kritiker eines solchen Modells warnen vor österreichischen Verhältnissen, wo beinahe jahrzehntelang die beiden großen Parteien im Verbund regierten. Letztlich muss diese Sichtweise gegen die Alternative von Neu-



und Klimaschutz, Digitalisierung, Sozialem mit Rente und Pflege sowie der Zukunft der EU geprägt sein. Gleichzeitig müssten Union und SPD in einer neuen GroKo einen Übergang mit Blick auf die Zeit nach 2021 gestalten. Wir brauchen heute auf der einen Seite Verlässlichkeit und Stabilität mit Hinblick auf die Herausforderungen in Europa und gleich-



zeitig auch eine Diskussion über die politische Ausrichtung und Erneuerung. Das bedeutet eine inhaltliche und personelle Profilierung

der CDU, die nach außen das gesamte Spektrum unserer Partei sowie unser Zukunftspotenzial mit starken Köpfen sichtbar macht.



wahlen abgewogen werden.

Inhaltlich müsste eine Neuaufgabe der bisherigen Regierung von Lösungen für die großen Themen Migration, Mobilität

Die SPD müsste dieses Mal die Kraft aufbringen stärker darzulegen, welche Themen sie eben gerade nicht mit der Union durchsetzen kann - damit wäre auch für Abgrenzung gesorgt, denn trotz einer konstruktiven Arbeit in der Regierung ist ein polarisierender Wettbewerb möglich. Auch die anderen Parteien könnten hinsichtlich Stabilisierung und Neuausrichtung profitieren.